

Aus der Landesgeschäftsstelle

- Die Zukunft der Behindertenhilfe in Baden-Württemberg S. 2
Ministerialrätin setzt sich für mehr Teilhabe und Selbstbestimmung ein
- Arbeit mit jungen Flüchtlingen erfordert besondere Fachkompetenz S. 4
Fachkräfte haben nach Weiterbildung Zertifikate bekommen
- „Fenster in die Welt von Frauen auf der Flucht“ S. 6
Ausstellung syrischer Künstler im Diakonischen Werk Württemberg
- Altersarmut ist zunehmendes gesellschaftliches Risiko S. 8
Diakonie zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut
- Politische Beteiligung von jungen Menschen ist kein Selbstläufer S. 10
Chancen für Mitwirkung auch bei bildungsfernen Jugendlichen
- Herkunft bestimmt stark über die Zukunft von Kindern S. 12
Diakonie stärkt präventive Angebote, fordert Finanzierung für Familienzentren

Aus den Regionen

- 60 anvertraute Jahre – mit unverdienten Chancen S. 14
Freundeskreise Sucht: Mehr als 650 Besucher beim Württemberger Treffen

Kurznachrichten S. 16

Redaktion: Claudia Mann

Die Zukunft der Behindertenhilfe in Baden-Württemberg

Der Gesetzentwurf zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) befindet sich mitten im parlamentarischen Verfahren. Es soll zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Die Diakonie in Württemberg hat sich auf Bundes- und Landesebene kritisch dazu geäußert. Unter dem Titel „Der große Wurf! – Stellt die geplante Reform der Eingliederungshilfe alles auf den Kopf?“ hatte die Diakonie Baden-Württemberg Politiker und Fachleute eingeladen. Auch Ministerialrätin Petra Clauss vom Sozial und Integrationsministerium fand deutliche Worte.

Stuttgart. Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg, erhofft sich einen „Fahrplan“ der Landesregierung zur Ermöglichung von Teilhabe behinderter Menschen in Baden-Württemberg. Ein modernes Teilhaberecht gehört für sie genauso dazu wie der Einsatz für selbstständiges Wohnen für Menschen mit Hilfebedarf sowie die Unterstützung darin, aus bestehenden Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen „moderne Kompetenzzentren für Teilhabe und Inklusion“ zu machen. Strukturen seien so weiterzuentwickeln, dass vor allem Menschen mit schwersten und mehrfachen Beeinträchtigungen „nicht zu den Verlierern aller Reformvorhaben werden“. Bedeutsam für Erfolg oder Misserfolg sei, ob die Erfahrungen und Kompetenzen der Träger auch künftig in die Umsetzung einfließen.

Armbruster sprach beim BTHG von einem „umstrittenen Gesetzentwurf“. Dabei seien sich im Vorfeld viele Akteure darin einig gewesen, dass die Eingliederungshilfe zu reformieren ist. Ebenso sei der Bezug auf die Person, die Stärkung der Selbstbestimmung, das Wegkommen von der Fürsorge und die Unterscheidung von stationären und ambulanten Angeboten Konsens gewesen.

Den Regierungsentwurf zum BTHG hält Ministerialrätin Petra Clauss, Leiterin des Referats Menschen mit Behinderungen im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, zwar für einen Schritt in die richtige Richtung für mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. Jedoch sei vieles noch verbesserungswürdig. „Wir haben uns den Einstieg ins Teilhabegeld erhofft und jetzt ist es nur die Verbesserung bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen“, nennt sie als Beispiel. Zusammen mit den anderen Ländern bearbeitete sie in den Bundesratsausschüssen 105 Änderungsanträge. Für das Land Baden-Württemberg macht sie sich stark gegen eine Altersgrenze an der Schnittstelle zur Pflege, denn: „Es darf nicht sein, dass ältere Menschen mit Behinderung nur noch Pflege statt Leistungen zur Teilhabe bekommen.“ Autonomie hält sie für unabdingbar. Die Stärkung des Wunsch- und Wahlrechts in den Bereichen Wohnen und Arbeiten nennt Clauss als inhaltlichen Schwerpunkt der Inklusionspolitik für ihr Land. Obwohl die Bundesregierung „wegen erheblicher Mehrkosten“ die Unterstützung dafür bislang versagt. Dass die Bundesagentur für Arbeit beim Budget für Arbeit außen vor ist, ärgert Clauss, das sei inakzeptabel. Mit den anderen Länder-Vertretern ist sie sich einig, dass das Gesetz mehr

Teilhabe und Selbstbestimmung bringen soll. Sie regt jetzt schon an, sich für die Weiterentwicklung Schwachstellen zu notieren. Es sei nicht einfach, fachliche Verbesserungen und den finanziellen Bedarf in Einklang zu bringen. Bis 2020, wenn das BTHG vollständig in Kraft ist, gebe es noch Einiges nachzubessern, ist sie überzeugt.

Eingebettet war die Veranstaltung in unterschiedlichste Bemühungen der Diakonie in Württemberg – auch zusammen mit der Liga – um Nachbesserungen im laufenden Gesetzgebungsprozess. Dass es wohl „kein Zurück“ mehr gibt, dass das BTHG kommen wird und muss äußerten auch die Mitglieder des Landtags Sabine Wölfle, SPD, und Ulli Hockenberger, CDU, mit anderen Vertretern auf dem Podium. Nach zehn Jahren der Diskussion um eine Reform der Eingliederungshilfe ist man sich dahingehend sehr einig.

Einig war man sich aber auch im Hinblick auf den Nachbesserungsbedarf, angefangen beim noch zu verabschiedenden Gesetz bis hin zu Evaluierungen und Novellierungen nach Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes. Explizit und mehrfach genannt wurden in diesem Kontext die Definition des leistungsberechtigten Personenkreises, die Gewährleistung einer gewissen Einheitlichkeit bei der Begutachtung des Hilfebedarfs, die Schnittstelle zur Pflegeversicherung sowie die Notwendigkeit der Präzisierung an einigen Stellen im Sinne der Schaffung von Rechtsklarheit. Für die Schaffung eines sauber formulierten Gesetzes sollte sich der Gesetzgeber nochmals Zeit nehmen und gegebenenfalls ein späteres Inkrafttreten in Kauf nehmen. Die Öffnung der Diskussionsrunde für das Publikum offenbarte noch viele Fragen und Kritikpunkte. Deutlich wurde im Zuge der Diskussion, dass nicht nur fachlich-inhaltliche Aspekte ausschlaggebend sind, sondern die Kostenentwicklung und Kostenteilung einen maßgeblichen Anteil an der Ausgestaltung des Gesetzes haben. cm/iks

Weitere Informationen: Irene Kolb Specht, Leiterin der Abteilung Behindertenhilfe und Psychiatrie, Tel.: 0711/1656-214, E-Mail: kolb-specht.i@diakonie-wuerttemberg.de

Arbeit mit jungen Flüchtlingen erfordert besondere Fachkompetenz

„Wir haben als evangelische Christen eine besondere Verantwortung für Kinder und Jugendliche, die um ihre Leben fürchten mussten und aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Ihnen wollen wir uns mit besonderer Fürsorge annehmen und alle Möglichkeiten für eine gelingende Integration ausschöpfen.“ Das sagte Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg, bei einem Austausch über die Integration junger Flüchtlinge und Perspektiven für junge Zugewanderte in Esslingen. Bei der Veranstaltung haben 20 Absolventen der neuen Weiterbildung „Fachkraft für junge Flüchtlinge“ Zertifikate erhalten.

Esslingen. Die Diakonie in Württemberg engagiere sich für rund 1.500 junge Flüchtlinge, unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige, sagte Armbruster. „Die Arbeit mit diesen Zielgruppen hat zusätzliche Anforderungen, insbesondere im rechtlichen Bereich, der interkulturellen Kompetenz und in der Traumapädagogik. Deshalb hat die Diakonie in Württemberg die Weiterbildung Fachkraft für Arbeit mit jungen Flüchtlingen und Familien entwickelt.“

Die diakonischen Weiterbildungsträger fobi:aktiv Esslingen und FoBiS – Mutpol, Region Böblingen, führen diese durch. Die zertifizierte Weiterbildung umfasst Grund- und Wahlmodule mit zwölf Seminartagen. Derzeit laufen bzw. sind abgeschlossen sechs Kurse mit insgesamt rund 220 Fachkräften. „Die Nachfrage unserer Weiterbildung ist ungebrochen, wir haben eine Warteliste und werden im Frühjahr zwei neue Kurse anbieten“, sagte Arndt Montag, Vorsitzender von fobi aktiv Esslingen. Bisher kommen die Teilnehmenden aus 31 diakonischen Einrichtungen, rund 10 Prozent aus anderen Wohlfahrtsverbänden. Finanziert wird die Weiterbildung zu 50 Prozent durch einen Flüchtlingsfonds der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Bei der Integration spielen die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe mit ihrer interkulturellen Kompetenz eine herausragende Rolle, sagte Katharina Kiewel, Sozialdezernentin des Landkreises Esslingen, bei der Veranstaltung. „Wir sind der Auffassung, dass die interkulturellen Kompetenzen als eine der Schlüsselqualifikationen der gegenwärtigen Kinder- und Jugendhilfe als Qualitätsstandard berücksichtigt werden sollten.“ Der Großteil der in den Landkreis Esslingen geflüchteten Menschen sei jünger als 25 Jahre. Im Zuge des Familiennachzugs könne der Anteil der Kinder- und Jugendlichen weiter steigen. „Unser Ziel ist es, die neuzugewanderten Kinder und Jugendlichen möglichst lückenfrei in die staatlichen Regelsysteme zu integrieren und die Anschlussfähigkeit in die Gesellschaft im Rahmen der Jugendhilfe zu stärken.“ Um die Integrationskette nahtlos zu schließen, erarbeitet die Landkreisverwaltung einen Integrationsplan.

Die Diakonie Württemberg engagiert sich intensiv für den Schutz, die Versorgung und Integration junger Flüchtlinge. Rund 1 500 junge Flüchtlinge,

unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige, werden von 45 diakonischen Einrichtungen der Jugendhilfe an über 50 Standorten in 26 Stadt- und Landkreisen untergebracht und betreut. Die Angebote umfassen Plätze zur vorläufigen Inobhutnahme, der Inobhutnahme, Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige in Wohngruppen der Heimerziehung, des Betreuten Jugendwohnens, in Jugendwohnheimen, Internaten und Gastfamilien.

„Fenster in die Welt von Frauen auf der Flucht“

Geflüchtete Frauen schützen sowie ihre Kräfte und Fähigkeiten stärken, das fordern Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July und Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. Bei der Eröffnung der Ausstellung „Frauen im Krieg und auf der Flucht“ im Diakonischen Werk Württemberg sprachen sie sich für den raschen Zugang zu Sprachkursen, Bildung und Arbeitsmarkt sowie psychosozialer Begleitung aus. Die Künstlerinnen Rasha Deeb und Khadija Ghanem sowie der Künstler Ahmed Amer haben die Bilder und Skulpturen geschaffen, während sie in der Landeserstaufnahmestelle Meßstetten lebten.

Stuttgart. Landesbischof Frank Otfried July nannte geflüchtete Menschen „Botschafterinnen und Botschafter für Frieden, Menschenrechte und Gerechtigkeit“. Sie seien Expertinnen und Experten für ihre Situation – „und nicht in erster Linie Objekte unserer Hilfe“. Diese Veränderung im Blick auf Flüchtlinge sei „Ausdruck unseres Werteverständnisses in einer menschlichen und solidarischen Gesellschaft und damit Schlüssel für Integration“. Respekt vor dem anderen sei das Fundament einer flüchtlingsbereiten Kirche. Die Ausstellung zeige, welche Träume, Ideen und Fähigkeiten geflüchtete Menschen mitbringen, wo ihr Herz schlägt und wie sie sich in die hiesige Gesellschaft einbringen wollen. „In Kirche, Diakonie, Politik und Gesellschaft sollten wir darum noch viel mehr auf die Ressourcen und Potenziale geflüchteter Menschen schauen. Das ist auch der Ansatz, den wir in unserer kirchlich-diakonischen Flüchtlingsarbeit verfolgen: Ressourcen und Kräfte wiederentdecken und stärken.

„Gebraucht werden deshalb Rahmenbedingungen, die Eigeninitiative und gegenseitige Solidarität und Unterstützung fördern“, sagte auch Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Oft seien die Frauen das Bindeglied einer zerbrochenen Gesellschaft. „Dieser Beitrag geflüchteter Frauen zu Integration, zu Verständigung, Versöhnung und ihr Engagement in kleinen und großen Friedensbewegungen muss sichtbar gemacht werden.“

Kaufmann wies darauf hin, dass Frauen auf der Flucht Gewalt, sexuellen Übergriffen, Hunger und Krankheit und der Angst vor dem Verlust von Angehörigen und einer insgesamt ungewissen Zukunft ausgesetzt sind. „Kirche und Diakonie unterstreichen den politischen Handlungsbedarf und sensibilisieren ihre Mitarbeitenden für die besonderen Belange von Flüchtlingsfrauen in Unterkünten“, sagte Kaufmann. Der Aufbau eines koordinierten Schutzsystems müsse grenzüberschreitend angelegt werden und auch die europäischen Fluchtrouten einbeziehen. Geflüchtete Frauen brauchten sichere Aufenthaltstitel und müssten Zugang zu psychosozialer Begleitung, therapeutischer Versorgung und zu rechtlichen Schutzmechanismen haben.

Kaufmann bezeichnete die Bilder und Skulpturen der syrischen Künstler als „Fenster in die Welt von Frauen auf der Flucht, Fenster in die Welt ihrer

Herkunftsländer, Fenster in Fluchtursachen und Fluchtwege und Fenster auch in die Welt geflüchteter Frauen und ihrer Situation hierzulande“. In der Begegnung mit Bildern, „wohin keine Sprache reicht und wo unsere Worte an ihr Ende kommen“, werde Kunst zur Brücke zwischen Menschen, Kulturen und Religionen.

„Die Ausstellung steht gegen Vergessen und Verdrängen, sie hält das Gewissen wach und regt an zu Fragen und Handeln“ sagte Landesbischof July. Er bedankte sich bei allen, die sich in Diakonie und Kirche haupt- und ehrenamtlich in der Begleitung von Flüchtlingen engagieren und die äußere und innere Räume zur Verfügung stellen, damit geflüchtete Menschen aufatmen und sich entfalten können.

Die Künstlerin Rasha Deeb hat vor sechs Jahren ihr Kunststudium abgeschlossen. Mit Beginn des Krieges seien ihre Farben verblasst. „Vor fünf Jahren verloren wir unser Zuhause, unsere Seelen, unser Leben“, sagt sie. Ahmed Amer musste nach drei Jahren sein Kunststudium abbrechen. Auf seiner Flucht durchquerte er neun Länder. In seinen Werken thematisiert er besonders das Schicksal unterdrückter und gequälter Frauen.

Als Wanderausstellung waren die Werke seit Anfang dieses Jahres unterwegs. Ihren Abschluss fand die Schau in der Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werks Württemberg. cm

Weitere Informationen: Birgit Dinzinger, Leiterin der Abteilung Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711/1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de

Altersarmut ist zunehmendes gesellschaftliches Risiko

Die Diakonie in Württemberg hat anlässlich des Internationalen Tags für die Beseitigung der Armut vor wachsender Altersarmut gewarnt. Die Stärkung von gesetzlicher Altersversorgung, Pflege- und Sozialversicherung minimiere Armutsrisiken wie eine niedrige Rente, Pflegebedürftigkeit oder Langzeitarbeitslosigkeit. „Unsere Gesellschaft hat der älteren Generation viel zu verdanken und darf sie am Lebensende nicht im Regen stehen lassen“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

Stuttgart. Die Generation der über 65-Jährigen ist nach aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamts zunehmend von Armut bedroht. Für Oberkirchenrat Dieter Kaufmann war „lange absehbar, dass die wachsende Altersarmut sich zu einem der zentralen sozialpolitischen Themen entwickeln würde“. Nach über 30 Jahre wählender Massenarbeitslosigkeit gingen immer mehr Menschen mit un stetigen Berufsbiografien in Rente. Hinzu komme, dass die arbeitsrechtlichen Regelungen für Minijobs, Leiharbeit und Werkverträge den Trend zu prekären Beschäftigungen verstärkt haben. Die Teilprivatisierung der Altersvorsorge ermögliche es insbesondere Geringverdienern kaum, über die gesetzliche Rentenversicherung hinaus fürs Alter vorzusorgen. „Düstere Wolken am Himmel einer zunehmend alternden Gesellschaft“, resümiert Kaufmann. Er versteht das ermutigende Wort des Propheten Jesaja als Auftrag an die Jüngeren: „Ich will euch tragen, bis ihr grau werdet.“

Das Armutsrisiko für ältere Mitbürger steigt weitaus schneller als für die meisten anderen Bevölkerungsgruppen: Die durchschnittliche Armutsrisikoquote für Baden-Württemberg liegt bei 15,3 Prozent, die der über 65-Jährigen bei 17,5 Prozent. Eine Unterscheidung nach Rentnern und Pensionären würde die Armutsrisikoquote für die Empfänger gesetzlicher Renten um weitere 2 Prozent erhöhen. Weiter sind vor allem Frauen (19,1 Prozent) und Menschen mit Migrationshintergrund (30,9 Prozent) betroffen. Wenn Pflegebedarf hinzukommt, ist der Schritt in die Altersarmut oft nicht mehr zu verhindern. Eine neue Studie der Bertelsmann-Stiftung gibt an, dass bundesweit 41 Prozent der über 80 Jahre alten Pflegebedürftigen ihre Heimkosten nicht aus eigener Kraft aufbringen können und zusätzlich Sozialhilfe beantragen müssen. Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg, fordert: „Die Pflegeversicherung ist so weiterzuentwickeln, dass Pflegebedürftigkeit kein Armutsrisiko ist.“

„Gegenmaßnahmen sind umso dringender, da sie sich nur langfristig auswirken können“, sagt Kaufmann. Er nennt eine umfassende Sozialversicherungspflicht auch für Mini- und Midi-Jobs „und auch für Langzeitarbeitslose müssen wieder Rentenbeiträge gezahlt werden, denn gerade diese Menschen werden ansonsten für ihre Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit doppelt bestraft“. Die Politik müssen die gesetzliche Rente stärken und auf

Selbständige wie Beamte ausdehnen. „Die Einführung einer Mindestrente kann Menschen im Alter den Gang zum Sozialamt ersparen und lässt sich über Bundesmittel finanzieren, die ansonsten für die Grundsicherung im Alter fließen.“ as

Weitere Informationen: Klaus Kittler, Referent für Armut, Tel.: 0711/1656-233, E-Mail: kittler.k@diakonie-wuerttemberg.de

Politische Beteiligung von jungen Menschen ist kein Selbstläufer

Die Diakonie begrüßt, dass sich immer mehr Kommunen dafür öffnen, junge Menschen mitgestalten zu lassen. „Das ist eine wichtige Grundlage dafür, dass junge Menschen erfahren, wie Demokratie funktioniert“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. „Unser Augenmerk muss darauf liegen, dass Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Milieus davon profitieren.“ Die Diakonie fördert dies in diversen Projekten. In ihrer Herbstsammlung am kommenden Sonntag in den evangelischen Gottesdiensten unter dem Motto „Voll krass“ macht die Diakonie auf die notwendige Unterstützung junger Menschen aufmerksam.

Stuttgart. Zunehmend mehr Kommunen ermöglichen es Kindern und Jugendlichen, sich vor Ort einzubringen. Diese Entwicklung ist unter anderem auf eine geänderte Gemeindeordnung für Baden-Württemberg zurückzuführen. Das Wahlalter bei Kommunalwahlen wurde auf 16 Jahre gesenkt, Kinder und Jugendliche in Planungsprozesse mit der Einführung des § 41a – „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ – stärker eingebunden. „Dass auch junge Menschen in benachteiligten Lebenslagen hiervon profitieren, ist kein Selbstläufer“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. „Jeder hat Gaben, jeder ist geliebtes Geschöpf Gottes und soll so sich ins Leben einbringen. Unser diakonischer Auftrag ist es, dass wir gezielt denen nachgehen, die nicht ohne Weiteres Gehör finden. Ihnen genau zuhören, um gemeinsam Wege zu einer neuen Lebensperspektive zu finden.“

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass junge Menschen mit niedrigem Bildungsstatus sowie neu zugewanderte Kinder und Jugendliche nur sehr begrenzt politisch beteiligt und in Initiativen zur Gestaltung des Gemeinwesens engagiert sind. „Wir wissen aus Erfahrung, dass das nicht an der Motivation der jungen Menschen liegt“, sagt Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden im Diakonischen Werk Württemberg. Vielmehr seien die Erwachsenen gefordert, Prozesse der Beteiligung und Formen des Engagements so zu gestalten, dass auch Kinder und Jugendliche mit niedrigem Bildungsstatus dort ihren Platz finden. „Die Jugendhilfe der Diakonie legt deshalb mit vielen Projekten einen Schwerpunkt darauf, gezielt chancenarme junge Menschen im Gemeinwesen zu beteiligen – mit Erfolg.“ So sind Jugendliche und junge Erwachsene, die selbst nach Deutschland zugewandert sind, für junge Geflüchtete aktiv. Junge Menschen aus Stadtteilen, die den Ruf eines „Brennpunkts“ haben, engagieren sich für ihren Stadtteil, indem sie Kulturveranstaltungen organisieren. Jugendliche wirken an Planungsprozessen im öffentlichen Raum mit, weil es um ihre Treffpunkte oder ihre Leidenschaften geht, zum Beispiel HipHop oder Basketball. „Diese Beteiligung ist für die jungen Menschen eine wichtige Quelle, die ihr Selbstbewusstsein stärkt.“

Dass in Gremien oder Foren der Kinder- und Jugendbeteiligung in Städten und Gemeinden nicht nur bereits vielfach Engagierte aktiv werden, sondern auch „junge Menschen, die noch keine Routine darin haben, sich politisch

zu Wort zu melden“, gelingt immer dann, wenn möglichst viele Menschen gemeinsam Beteiligung organisieren, ist Armbruster überzeugt. Die Mitarbeitenden der Diakonie wirken als Kontaktpersonen und Brückenbauer, damit bildungsbenachteiligte oder neu zugewanderte Jugendliche beispielsweise in städtischen Jugendforen ihre Interessen vertreten.

In ihrer Herbstsammlung stellt die Diakonie in Württemberg die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt. „Voll krass“ – nicht alle Kinder und Jugendlichen haben gute Bedingungen für ihren Lebensweg. Die Diakonie hilft und bittet um Unterstützung für spendenfinanzierte Angebote. cm

Weitere Informationen: Ulrich Fellmeth, Leiter der Abteilung Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711/1656-216, E-Mail: fellmeth.u@diakonie-wue.de

Herkunft bestimmt stark über die Zukunft von Kindern

Kinder wachsen teilweise unter schwierigen Bedingungen auf. „Wir brauchen eine Familienpolitik, die es auch Menschen in prekären Situationen erleichtert, Kinder gut zu erziehen. Notwendig ist ein mit Kirchen, Kommunen und Verbänden abgestimmtes Landesprogramm“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Dazu gehöre auch eine dauerhafte Förderung von Familienzentren. Kirche und Diakonie in Württemberg erreichen mit 100 solcher Zentren Familien aller sozialen Schichten.

Stuttgart. Die Anforderungen an Familien sind hoch: Arbeitswelt und Gesellschaft verändern sich, Familien müssen mobil und flexibel sein. Das geht teils zu Lasten von Kindern und Jugendlichen. Immer noch bestimmt die soziale Herkunft stark über die Zukunft junger Menschen. Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft von schwierigen Lebens- und Familienverhältnissen betroffen. Die Einführung der Ganztagschule hat bisher nicht zu den erhofften positiven Effekten bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien geführt. Die damit verbundene Tagesstrukturierung durch Hausaufgabenbetreuung, Freizeitangebote und Mittagessen reicht für diese Familien nicht aus.

„Wir machen uns stark für eine wirksame Familienpolitik, die Menschen mit Unterstützungsbedarf das Übernehmen von Verantwortung für Kinder erleichtert“, so Oberkirchenrat Kaufmann. „Deshalb fordern wir eine dauerhafte öffentliche Finanzierung von Familienzentren und ein vom Land aufgelegtes Landesprogramm in Abstimmung mit Kommunen, Kirchen und Verbänden.“

„Wesentliche Grundlagen des evangelischen Verständnisses von Familie sind Freiheit und Verantwortung, gepaart mit Verbindlichkeit und Verlässlichkeit“, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. Wie gut Familien verdichteten Zeitstrukturen, prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse gerecht werden können, hänge stark davon ab, wie hoch Eltern selbst mit Problemen belastet sind und welche gesellschaftliche Unterstützung sie bei der Bewältigung erfahren. „Mit vielfältigen Angeboten der Beratung und Entlastung fördert und stärkt die Diakonie in Württemberg Familien in schwierigen Lebenssituationen“, sagt Kaufmann. „Die Erfahrung zeigt, dass Angebote leicht zugänglich und vernetzt sein müssen, um individuelle Förderung zu ermöglichen.“

Evangelische Landeskirche und Diakonie betreiben in rund 60 Städten und Gemeinden in Württemberg mit Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe und Familienbildungsstätten über 100 Familienzentren. Denn sie greifen die konkreten Bedarfe der Familien in ihrem Stadtteil auf, um passgenaue Angebote für Kinder und ihre Familien anzubieten. Sie stärken die Eltern und aktivieren soziale Netzwerke, die nachhaltig das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. „Diakonische Ange-

bote stehen dafür, dass jedes Kind eine Chance bekommt“, so Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg. Es gibt Früh- und Sprachförderung sowie professionelle Beratung. Viele diakonische Familienzentren bieten darüber hinaus im Auftrag der Kommunen Besuchsdienste bei jungen Familien an sowie spezifische Elternkurse und interkulturelle offene Angebote.

In ihrer Herbstsammlung stellt die Diakonie in Württemberg die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt. „Voll krass“ – nicht alle Kinder und Jugendlichen haben gute Bedingungen für ihren Lebensweg. Die Diakonie hilft und bittet um Unterstützung für spendenfinanzierte Angebote. cm

Weitere Informationen: Weitere Informationen: Ulrich Fellmeth, Leiter der Abteilung Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711/1656-216, E-Mail: fellmeth.u@diakonie-wue.de

60 anvertraute Jahre – mit unverdienten Chancen

Ihren 60. Geburtstag feierten die Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe Landesverband Württemberg e. V. unter dem Motto „miteinANDER-Sein“. Über 650 Teilnehmer erlebten beim traditionellen Württemberger Treffen in der Filharmonie Filderstadt-Bernhausen eine bewegende Geburtstagsfeier.

Filderstadt. „Viele Menschen sind den Weg mit uns gegangen, viele fanden bei uns, was sie suchten. Bewusst oder unbewusst haben viele sich gesucht und uns gefunden“, sagte die Vorsitzende Hildegard Arnold. In Politik, Kirche, Gesellschaft und in den Fachdiensten der Suchthilfe haben die Freundeskreise Verbündete um ihrer Sache willen. Hildegard Arnold sprach weiter von „60 uns anvertrauten Jahren mit unverdienten Chancen, mit unzähligen gelingenden Beziehungen innerhalb und außerhalb der Selbsthilfegemeinschaft“. Diese bilde das Fundament, auf dem die Mitglieder miteinander leben und Zukunft gestalten.

Die Freundeskreise bieten seit 60 Jahren Klagemauern und Zufluchtsräume und nutzen diese persönlich wie auch füreinander, ob es um Freude oder Traurigkeit, Zerbrecen oder Gelingen, Verstehen oder Nichtverstehen, Suchen oder Finden geht. „Seit 60 Jahren wird Leben geteilt, das ist die Welt der Freundeskreise“, so Hildegard Arnold weiter. „Vor manchem Wegstück und vor mancher Kurve hatten wir Sorge, um dann zu entdecken: Der Weg ist auch weiterhin angelegt. Gehen müssen wir ihn allerdings selber. Gehen dürfen wir ihn selber.“

„In der Not gehen Freunde auf ein Lot“, bekundete Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration in Baden-Württemberg. Als Schirmherr der Veranstaltung warnte er davor, Menschen in der Reha aus den Augen zu verlieren und versprach: „Ich bin zu sehr Überzeugungstäter, als dass ich dieser Aufgabe weichen würde.“ Alkohol sei in der Gesellschaft ein ritueller und kulturpsychologisch fest integrierter Bestandteil. Dessen Genuss aber dürfe nicht ausarten in eine Angebotsverführbarkeit. „Mit mir gibt es auch keine Debatte darüber, dass Kiffen harmlos ist“, betonte Lucha und berichtete von seinen Begegnungen und Erfahrungen mit an Psychosen erkrankten Haschischkonsumenten. Der Minister bekundete weiter: „Es gibt keine Ränder in der Gesellschaft, denn unsere Randthemen spielen sich inmitten unserer Gesellschaft ab und darauf richten wir unsere Politik aus.“ Lucha plädierte für eine Gesellschaft der Vielfältigkeit, deren Fundament der Spirit des Andersseins und nicht die Ausgrenzung der Veränderung sei.

Yassir Eric, Leiter des Europäischen Instituts für Migration, Integration und Islamthemen, sieht das „Anderssein“ als Teil der Realität: „Anders aussehen, anders riechen, andere Wurzeln – wenn wir Begegnung suchen und miteinander ins Gespräch kommen, verlieren die Unterschiede ihre trennende Wirkung.“ Dass wir uns Ängste und Sorgen vor dem Fremden an sich machen, bezeichnet der aus dem Sudan stammende Theologe als normales Verhalten. „Wir dürfen aber den Moment nicht verpassen, in dem

sich Nichtwissen zur Angst oder sogar zum Hass entwickelt“, so Yassir Eric. Sonst nämlich, so die SWR-Journalistin und Moderatorin Stefanie Meinecke, werde aus dem Langzeitarbeitslosen der Hartzler, aus der Prostituierten die Nutte, aus dem Alkoholiker der Säufer und die Menschen dahinter werden nicht mehr gesehen.

Die Möglichkeit, dass Betroffene mit „nachhaltigen Lebensstörungen wieder lernen, etwas wert zu sein“ und unter Gleichgesinnten, auf Augenhöhe, neue Lebenswege finden können, rückte Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July in den Vordergrund. Sascha Lutz, Leiter der Suchtberatungsstelle der Evangelischen Gesellschaft in Stuttgart, sprach ergänzend von „sehr deutlichen Brücken emotionaler Berührbarkeit“ beim Württemberger Treffen. „Zum Bedürfnis, emotional berührt zu werden, passt die Arbeit der Freundeskreise. Das ist eine Brücke, die von Suchtkranken und ihren Angehörigen für weitere Hilfesuchende gebaut wird.“ Ein buntes Marktgeschehen mit vielfältigen Aktionsständen im Freien trug an diesem goldenen Oktobertag wesentlich zum Gesamtgelingen bei.

Die Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe Landesverband Württemberg e. V. bestehen aus 102 Freundeskreisen. Rund 500 ehrenamtliche Mitarbeiter engagieren sich in 213 Gesprächsgruppen für über 3.000 Gruppenteilnehmer. Gemeinsames Ziel ist eine zufriedene und suchtmittelfreie Lebensgestaltung. Grundlage und Motivation der Arbeit ist die christliche Nächstenliebe. Im Verbund der Suchtkrankenhilfe übernehmen die Freundeskreise die wichtige Aufgabe der Nachsorge für suchtkranke Menschen sowie deren Angehörige und stabilisieren so die Behandlungserfolge von Suchtberatungsstellen und Fachkliniken. pm

Weitere Informationen: Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe Landesverband Württemberg, Rainer Breuninger, Geschäftsführer, Tel.: 07333 3778, E-Mail: info@freundeskreise-sucht-wuerttemberg.de

Kurznachrichten

Stuttgart/Berlin. Die **Diakonie** zählt erneut **zu den besten 100 Arbeitgebern in Deutschland**. Das hat das **trendence-Schülerbarometer 2016/2017** ermittelt. Damit wurde die Diakonie zum dritten Mal in Folge unter die Top 100 gewählt. Diesmal belegte der evangelische Wohlfahrtsverband mit Platz 34 die bislang beste Platzierung. Zuvor hatte die Diakonie auf den Plätzen 36 beziehungsweise 42 gelegen. An der Befragung hatten 17.000 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 8 bis 13 teilgenommen. Zum ersten Mal erreichte die Diakonie 2016 auch aus Sicht der **Young Professionals** eine Platzierung unter den Top 100 Arbeitgebern Deutschlands. Rund 10.000 Berufserfahrene in den ersten Jahren ihrer Karriere wählten die Diakonie im Trendence Young Professional Barometer auf Platz 86. pm

Stuttgart. Die **Evangelischen Frauen in Württemberg** sind mit einer neuen Webseite online. Unter **www.frauen-efw.de** werden aktuellen Themen der Frauenarbeit vorgestellt. So finden sich dort zum Beispiel zum Reformationsjubiläum, zur Ökumene und für Mutter-Kind-Gruppen Arbeitsmaterialien und Informationen. „Die Seite richtet sich an Frauen, die zum Beispiel Frauenfrühstücke und Frauenkreise ausrichten. Wir bieten auch Unterlagen zum Herunterladen an sowie Literatur- und Linktipps“, erklärt Dina Maria Dierssen, Geschäftsführerin von EFW. Außerdem können sich Frauen über Veranstaltungen, Vorträge und Fortbildungen informieren. Besonders gefragt seien derzeit die geistlichen Auszeitangebote für Frauen. Aktuelle Meldungen der Frauenpolitik sind ebenfalls auf der Seite zu lesen. pm

Stuttgart. Kinder nehmen immer häufiger jugendtypische Verhaltensweisen an. Cliquen treffen sich an öffentlichen Plätzen, konsumieren Tabak und Alkohol, sind laut oder beschimpfen Passanten. Deshalb hat die **Evangelische Gesellschaft (eva)** seit April 2015 in Weilimdorf ihre **Kindersozialarbeit** aufgebaut. Bald war klar: Der Bedarf ist weit höher als zu Beginn vermutet. Das Projekt ist allerdings nur bis Ende 2016 über Landesmittel sowie ergänzende Gelder von eva's Stiftung finanziert. Der Bestand der Arbeit war deshalb gefährdet. Nun hat die Aktion Hilfe für den Nachbarn der Stuttgarter Zeitung 50.000 Euro für das Projekt überwiesen. Das Geld stammt aus Spendenmitteln der Leserinnen und Leser der Zeitung. Damit ist die Arbeit bis Ende 2017 finanziert. „Gelingende Beziehungsarbeit beruht auf Kontinuität und Verlässlichkeit. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir das Projekt dank der Spendenmittel auch 2017 weiterführen können“, sagt Cathrin Maier. Sie arbeitet als Kindersozialarbeiterin im Stadtteil Weilimdorf. Ihr Kollege Wolfgang Riesch ist als stellvertretender Bereichsleiter Jugendsozialarbeit bei der eva für das Projekt verantwortlich. Er hofft, dass die Spendenmittel dazu führen, dass die Kindersozialarbeit auf Dauer bestehen kann. „Das gelingt, wenn der Gemeinderat die Arbeit ab 2018 in den Haushalt der Stadt aufnimmt“, erklärt er. pm

Stuttgart. Das **Diakonie-Klinikum Stuttgart** belegt beim Deutschen BGM-Förderpreis 2016 den **zweiten Platz** für sein umfangreiches Angebot an **betrieblichen Gesundheitsmaßnahmen für Mitarbeitende**. An dem von der Krankenkasse DAK-Gesundheit bundesweit ausgeschriebenem Wettbewerb haben sich in diesem Jahr 65 Firmen beteiligt. Die drei Erstplatzierten erhalten Preise im Wert von 30.000 Euro, 20.000 Euro und 10.000 Euro für ihr betriebliches Gesundheitsmanagement. BGM steht für Betriebliches Gesundheitsmanagement und umfasst alle Maßnahmen, die die Arbeit und den Arbeitsplatz gesundheitsförderlich gestalten. Im Diakonie-Klinikum können die 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise aus einem umfangreichen Programm zur aktiven Gesunderhaltung und Steigerung der persönlichen Fitness wählen. Angeboten werden Massagen, Fitnesskurse, gesundes Kochen im Schichtdienst, ein Fahrsicherheitstraining oder ein Tanzkurs. „Die Anforderungen an die Mitarbeiter im täglichen Klinikbetrieb werden immer anspruchsvoller. Darunter kann auch die eigene Gesundheit leiden. Deshalb wollen wir frühzeitig die Weichen zum Gesundbleiben unserer Mitarbeiter stellen“, erklärt die BGM-Verantwortliche Jessica Martin vom Diakonie-Klinikum. Künftig wird das Betriebliche Gesundheitsmanagement von einer regelmäßigen Kurzumfrage unter den Mitarbeitern begleitet, um die Zufriedenheit am Arbeitsplatz zu messen. Bei der Befragung und der Auswertung arbeitet das Diakonie-Klinikum mit dem renommierten CGIFOS-Institut aus Stuttgart zusammen. Die Ergebnisse fließen in die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ein. pm